

9.23

Landeshauptmann der Steiermark Hermann Schützenhöfer: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist mir als steirischem Landeshauptmann eine große Freude, heute im Bundesrat zu sein. Vor etlichen Jahren war ich Gast, als mein Amtsvorgänger Franz Voves hier gesprochen hat. Ich freue mich, dass heute auch viele Steirer – angeführt von Herrn Bundesminister Mag. Leichtfried – in den hinteren Reihen hier sind. Man erkennt in ihren Augen, dass der gestrige „Steiermark-Abend“ etwas länger gedauert hat. *(Heiterkeit.)*

Am 1. Juli hat die Steiermark den Vorsitz sowohl im Bundesrat als auch in der Landeshauptleutekonferenz übernommen. Einerseits haben sich Kollege Wilfried Haslauer und ich, jeweils mit einer kleinen Delegation, zu diesem Zweck am 1. Juli in Rohrmoos – mittlerweile ein Teil von Schladming – getroffen, um dort die Übergabe schlicht, einfach und herzlich vorzunehmen, andererseits leitet heute, am 14. Juli, der steirische Bundesratspräsident Mario Lindner seine erste Sitzung. Er hat ja schon bei der Verabschiedung des Herrn Bundespräsidenten eine tolle Rede gehalten. Er war gestern den ganzen Abend von seinen Heimatgemeinden umgeben und hat auch dirigiert. Er war einmal Kapellmeister, das unterscheidet ihn von mir. Ich bin Musikreferent in der Steiermark: Immer wenn ich dirigieren muss, sage ich den Kapellen: Augen zu und durch!

Mario Lindner hat nun das Amt übernommen und wird von einer niederösterreichischen Vizepräsidentin und von einem steirischen Vizepräsidenten unterstützt. Ich gratuliere und wünsche für die Vorsitzführung viel Erfolg! Gemeinsam wird die Steiermark bemüht sein, in diesem zweiten Halbjahr einen konstruktiven Beitrag im Interesse der Republik zu leisten.

Es ist vom Herrn Präsidenten schon angekündigt worden: Dieses notwendige Gemeinsame möchte ich in den Mittelpunkt meiner Erklärung hier vor dem Bundesrat stellen. Nur gemeinsam können wir die erforderlichen Reformen, die unser Land dringend braucht, auch umsetzen. Ich bin nicht so vermessen, zu glauben, dass wir in diesen sechs Monaten alle Probleme lösen werden – dann hätten ja schon die Vorgänger alle Probleme gelöst –, aber ich sehe es als meine Pflicht und Aufgabe, für diesen steirischen Reformgeist, den wir nun sechs Jahre lang im Lande praktizieren – zuerst mit Franz Voves und jetzt mit Michael Schickhofer –, auch auf Bundesebene zu werben.

Reformen müssen möglich sein. Das Wort „Regierung“ kommt von regieren, nicht von reagieren und schon gar nicht von negieren. Das Regieren ist es auch, was die Steiermark – bei allen Problemlagen, die wir auch haben – nach wie vor auszeichnet. Unser Land gilt nicht erst durch die Arbeit der letzten Jahre als reformmutig, schon Erzherzog Johann hat mit mutigen Reformen und Innovationen die „Grüne Mark“ belebt und auf die Talente der Steiermark gesetzt.

In den politischen Debatten hören wir oft den Satz, dass den Menschen die Wahrheit nicht zumutbar ist. – Ich glaube, dass das Gegenteil richtig ist. Das Gefährlichste ist eine Politik, die selbst überfordert wirkt, weil sie unterlässt, was zu tun ist, und weil sie unterschätzt, was möglich ist.

Als wir diese seinerzeitige Reformpartnerschaft begonnen haben, haben wir gewusst: Die Ernte werden wir nicht am nächsten Wahltag einfahren können. Aber das ist ja der Punkt, warum so viele Reformen erst gar nicht angegangen werden, auch in der Republik: weil es sich bis zum nächsten Wahltag politisch nicht auszahlt. Wenn wir bei dieser Übung bleiben, wird das Land in einen Zustand der Saturiertheit absinken. Ich will die Reformpartnerschaft nicht hochloben, denn wir haben auch Fehler gemacht, und wir haben immer gesagt, wir wollen kein Vorbild sein. Wir sind nicht übermütig, aber sie ist ein Beispiel, wie man Probleme lösen könnte. Und es sei mir niemand böse, wenn ich hinzufüge: Sie wäre auch ein Beispiel dafür, dass ÖVP und SPÖ noch nicht ausgedient haben als die staatstragenden Parteien, wenn man gemeinsam versucht, etwas zustande zu bringen.

Die Erfahrungen in der Reformpartnerschaft und nunmehr auch in der Zukunftspartnerschaft zeigen: Vieles, was vor ein paar Jahren noch heftig umstritten war, hat mittlerweile auch die meisten Gegner überzeugt. Ein paar Gegner, die die Straßenseite wechseln, wenn sie mich sehen, wird es immer geben, aber das muss man in Kauf nehmen.

Vieles, wogegen heftigst protestiert wurde, wird heute mit großer Mehrheit akzeptiert. Politik muss sich wieder darauf besinnen, meine Damen und Herren, dass sie etwas tun kann, was sie tun kann, und auf die Pflichten, die sie dem Land und den Menschen gegenüber zu erfüllen hat.

Die Steiermark will den Bund dahin gehend auch ermutigen und unterstützen, denn in einer Zusammenarbeit kann verantwortungsvolle Politik auch heiße Eisen in Angriff nehmen. Standortpolitik, Pensionsdebatte, Bildungsreform, Pflege- und Gesundheitspolitik: Das sind einige der großen Themen, die schon lange auf taugliche Zukunftslösungen warten.

Wir alle wissen, ein halbes Jahr ist schnell vorbei, aber zumindest der Versuch muss gewagt werden, Debatten zu eröffnen und gemeinsam Lösungsansätze zu diskutieren, und das im Wissen, dass keiner von uns – und ich sowieso nicht – ein Wunderwuzzi ist. Man kann aber in sechs Monaten einiges auf Schiene bringen, was für Österreich wichtig ist. Wenn Zusammenarbeit vom Wort zur Tat wird, dann kann man als Regierung etwas zusammen- und für das Land etwas weiterbringen.

In der Steiermark haben wir in den letzten Jahren gezeigt, was möglich ist, wenn man gemeinsam an der Zukunft baut: Landtags- und Verwaltungsreform, Gemeindereform, Bezirksreformen, Schulzusammenlegungen. Wir hatten laufend Demonstrationen in der Herrengasse vor der Burg, die Bürgermeister sind aufmarschiert; die Zahl der Gemeinden sank von 542 auf 287. – Jetzt kenne ich dich so lange, hat mir ein Bürgermeister gesagt, und jetzt legst du mich zusammen! Heute sagt er zu mir: Ich muss gestehen, du hast recht gehabt. – Es gibt aber auch ein paar Ausnahmen unter den Bürgermeistern, die das nicht so sehen.

„Gemeinsam neue Wege gehen“ muss für alle gelten, wenn wir unser Land an die Spitze bringen wollen. Das ist auch mein Appell an alle hier im Haus, an die Opposition: das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Wir müssen Gegensätze überwinden, um für Österreich etwas weiterzubringen. Wir sind ein kleines Land auf einem 500-Millionen-Kontinent, und ich meine, Österreich sollte und kann es sich nicht leisten, zu streiten und gegeneinander zu arbeiten.

Zusammenarbeit ist notwendig, damit wir stark bleiben und erfolgreich sein können, und das gerade auch in der laufenden Föderalismusdebatte, wo ich dafür plädiere, dass Bund und Länder neue Wege gehen und auch ein neues Denken für Österreich ermöglichen. Christian Kern und Reinhold Mitterlehner sprechen hier von einem New Deal, aber es müssen den Worten Taten folgen. Es wären bis zum nächsten Wahltermin 2018 – wenn man nicht täglich darauf schießt, ob man nicht doch abspringt und Neuwahlen ausschreibt – gut zwei Jahre. Zwei Jahre sind zwei Jahre: genug Zeit, um große Reformen einzuleiten. Ich stimme meinem Kollegen Erwin Pröll zu, wenn er sagt, dass die Menschen das Wort „Neustart“ nicht mehr hören können, man muss diesen Neustart sehen und spüren, und dazu braucht es Reformen.

Der gordische Knoten durch vermeintliche Blockaden im Verhältnis Bund und Länder muss endlich gelöst werden, und hier biete ich unsere Zusammenarbeit ganz besonders an! Es gehört Sachlichkeit in die Föderalismusdebatte, die leider immer wieder von Klischees und Vorurteilen geprägt ist. So ist das Verunglimpfen der Bundesländer, das zugenommen hat, eine beliebte Disziplin so mancher Zentralisten

und Kommentatoren. Wenn es ein Problem gibt, wird das den Bundesländern zugeschoben:, und man sagt: Die heben keine Steuern ein und verbrauchen das Geld! Ich sage – zwischen Klammern – nur dazu: 87 Prozent der Staatsschulden, und das sind bald einmal 300 Milliarden €, verursacht der Bund; den Rest Länder, Gemeinden und die Sozialversicherungen.

Wir haben uns am Montag und am Dienstag bei einer Studienreise in der Schweiz vor Ort ein Bild darüber gemacht, wie gut organisierter Föderalismus funktionieren kann. Das Beispiel Schweiz ist auf uns nicht zu übertragen, schon gar nicht eins zu eins, aber man sollte es studieren.

Wir waren beispielsweise in Bern beim Haus der Kantone und haben dort Jean-Michel Cina getroffen, mein Schweizer Gegenüber in der Konferenz der Kantonsregierungen. Darüber hinaus waren wir in der Denkwerkstatt Avenir Suisse und haben uns auch dort wertvolle Inputs geholt. Dabei ist allerdings ein Fakt herausgekommen, und das, meine Damen und Herren, möchte ich erwähnen, weil wir gerade einen neuen Finanzausgleich verhandeln: Wir haben dort stundenlang mit Experten gesprochen, und die haben uns erzählt, dass der im Jahr 2008 in Kraft getretene Finanzausgleich 15 Jahre lang verhandelt wurde. Vorgegangen war eine Klärung beziehungsweise Außerstreitstellung der vielschichtigen Problemlagen, und verbunden war der neue Finanzausgleich mit einer umfassenden Aufgabenentflechtung.

Das heißt für uns: In den nächsten sechs Monaten kann man nur einen Anfang machen, schauen, dass wir einen Finanzausgleich zustande bringen, der mit Hängen und Würgen irgendwie von allen halt noch einmal mitgetragen wird, auch wenn er ungerecht ist – das beweisen uns ja mehrere Bundesrechnungshofberichte –, aber er kann ein Einstieg zum Umstieg sein.

Ich möchte daher vorschlagen, dass eine Verhandlungsgruppe eingerichtet wird. Diese soll in maximal fünf Jahren – und ich sage nicht, in eineinhalb Jahren, weil das nicht machbar ist, wenn wir Aufgabenreform, Aufgabenentflechtung und Finanzausgleich diskutieren – auf Augenhöhe zwischen Bund und Ländern unter Einbeziehung der Gemeinden die Systeme diskutieren und diese Diskussion zu einem Ergebnis bringen. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen.)* – Gregor Hammerl war auch bei uns im Landtag immer der, der als Erster geklatscht hat. *(Bundesrat Mayer: Ein Einpeitscher!)*

Der bekannte Ökonom Professor Christian Keuschnigg von der Universität St. Gallen und der Leiter des Instituts für Föderalismus an der Universität Innsbruck Professor Peter Bußjäger haben uns in Zürich die Ergebnisse ihrer Studien präsentiert, die wir erbeten haben. Diese neuen Studien sollen auch einen Beitrag zur Versachlichung

leisten und könnten für die von mir vorgeschlagene Verhandlungsgruppe eine wichtige Diskussionsgrundlage darstellen.

So räumt etwa Bußjäger durch die internationalen Vergleiche mit dem Vorurteil auf, dass die österreichischen Bundesländer zu klein für den Föderalismus seien. Ebenso weist er auch einen internationalen Trend zur Dezentralisierung nach, während Keuschnigg ganz besonders das Subsidiaritätsprinzip hervorhebt: Aufgaben mit bundesweiter Reichweite werden besser und billiger zentral erbracht, aber insgesamt soll nach diesem Prinzip die Aufgabenerfüllung möglichst bürgernah erfolgen.

Ich bin mir sicher, dass sich auch der steirische Landesfinanzreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Michael Schickhofer, mein Regierungspartner, hier mit unserer Unterstützung besonders einbringen wird. Er war ja schon vor einigen Monaten in der Schweiz und hat sich dort die positiven Beispiele der Regionalpolitik angeschaut. Wir jedenfalls ziehen in diesem Zusammenhang an einem Strang.

Das Subsidiaritätsprinzip und die Dezentralisierung müssen noch stärker Ordnungsprinzipien auch Europas werden, wenn nicht die teils berechnete, teils populistisch-demagogische Zentralismuskritik zerstörerische und desintegrierende Formen annehmen soll, wie der Blick auf die EU zeigt.

Die Europäische Union soll sich um die dringenden Fragen der Außen-, Sicherheits-, Flüchtlings- und Migrationspolitik kümmern und Lösungen finden und nicht um die schikanöse Ausgestaltung von Speisekarten. Wir sind Teil der EU und bekennen uns dazu. Das sind nicht „die in Brüssel“; „die in Brüssel“ sind auch wir.

Es ist die Pflicht jedes Politikers, auch Regionalpolitikers – das sage ich ganz bewusst als Vertreter einer Region, die in Forschung und Entwicklung mit 4,8 Prozent unter den nunmehr 275 Regionen des Europas der EU nach Baden-Württemberg Vizeeuropameister ist (*Beifall bei ÖVP, SPÖ, Grünen sowie des Bundesrates Zelina*) – , immer auch das großartige Friedens- und Wohlstandsprojekt Europa im Blick zu haben. Fest steht für mich auch das in der katholischen Soziallehre grundgelegte Prinzip: Was die kleinere Einheit selbst regeln kann, darf die größere nicht an sich reißen.

Föderalismus ist daher bürgernäher, überschaubarer und menschlicher als anonym empfundener Zentralismus, der Ohnmachts- und Verdrossenheitsphänomene provoziert.

Die Länder, die zweimal – 1918 und 1945 – die Republik mitbegründet haben, sind bereit, weitere gesamtstaatliche Verantwortung zu übernehmen. Die österreichischen Bundesländer haben einen besonderen Sinn für Eigenständigkeit **und** das

Gemeinsame. Sie haben eine reiche Geschichte, die Vielfalt hat und einen besonderen Reiz. Diese Vielfalt macht den Reichtum Österreichs aus und ist das Fundament für die Ausgestaltung der Zukunft. Es geht da um die gesamtösterreichische Sicht und Perspektive. Das zu betonen, meine Damen und Herren, ist mir, bei allem Bewusstsein für die herausragende Bedeutung der großartigen Metropole Wien – wir sollten uns da nicht immer gegenseitig ausspielen, sie ist wohl eine der geschichtsträchtigsten und schönsten Städte der Welt –, besonders wichtig, da in Österreich, im Gegensatz zur Schweiz, aber auch zu Deutschland, alle Institutionen ausschließlich in Wien angesiedelt sind. Das ist in der Schweiz, das ist in Deutschland mit zahlreichen Beispielen – die ich jetzt nicht verlese, damit ich nicht zu lange brauche – anders geregelt. Und das – das haben wir oft auch gefordert – wäre mehr als ein symbolischer Punkt.

Gerade angesichts der oft als undurchschaubar empfundenen Globalisierung ist die Verankerung und Verwurzelung in der überschaubaren Region – ja, man kann durchaus auch den Begriff **Heimat** modern und entstaubt interpretiert verwenden – vielen Menschen ein Anliegen. Weltoffenheit und Heimatverbundenheit sind daher, richtig verstanden, keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Ein so verstandenes Europa der Regionen ist ein Europa der Bürger. Auch das ist ein starkes Argument für einen neuen Föderalismus. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ, Grünen sowie des Bundesrates Zelina.)*

Wir waren erst vorletzte Woche in Brüssel und haben als Steirer erstmals in unserer Geschichte eine Landesregierungssitzung in der Hauptstadt Europas abgehalten, den Ort unzähliger Gipfel, der Stadt, in der die Geschichte unseres Kontinents oftmals maßgeblich beeinflusst wird. An diesem Ort haben wir Steirer auch ein Zeichen gesetzt: Wir denken mit, wir reden mit, wir bestimmen mit. Die Europäische Union – ich sage es noch einmal – sind wir alle! Und wie wichtig und entscheidend das Mitdenken und Mitreden auf europäischer Ebene ist, beweist das Ergebnis dieser Brüssel-Reise der steirischen Landesregierung – ohne dass ich jetzt übertreibe –: Wir konnten Jean-Claude Juncker überzeugen, dass es aus demokratiepolitischen Erwägungen nicht klug wäre, wenn bei so großen Themen wie dem Freihandelsabkommen CETA die nationalen Parlamente kein Mitspracherecht hätten. *(Beifall bei ÖVP, SPÖ, Grünen sowie der Bundesräte Jenewein und Zelina.)*

Er hat sich für uns viel Zeit genommen, und ich bin draufgekommen, dass er vieles von dem, was bei uns zur Aufschaukelung führt, entweder so nicht sieht oder gar nicht weiß. Denn dass diese Missgunst gegen Europa so gewachsen ist, hängt ja damit zusammen, dass sehr viele Menschen nicht verstehen, warum so viel Geld nach

Griechenland fließt – es wurde ihnen nie wirklich erklärt –, dass viele, darunter ja auch Österreich, massiv darunter leiden, dass die Europäische Union bis jetzt keine gemeinsame Integrations- und Flüchtlingspolitik zustande gebracht hat und dass Problemlagen wie bei CETA oder TTIP – da weiß kein Mensch, worum es geht, daher ist relativ rasch eine Mehrheit zu finden; unterstützt auch durch bestimmte Medien – nicht vorgetragen werden. Daher ist dieses Europa in der Lage, in der es momentan ist. Wir haben jedenfalls gesehen, wenn man hinfährt und Zeit bekommt – ich kenne Jean-Claude seit Langem, ich war damals mit Waltraud Klasnic immer wieder bei ihm in Luxemburg –, dann beginnen die in Brüssel auch zu denken.

Was ich damit nur sagen möchte, ist: Regionen, Bundesländer sollten nicht glauben, da können wir sowieso nichts ausrichten, sondern sollten die österreichischen Anliegen auf ihre Art unterstützen. Ich hoffe, dass Europa in der Frage der Migration, der Außen- und Sicherheitspolitik und in der Flüchtlingspolitik eine tragfähige, gerechte europäische Lösung zustande bringt. Es haben der Außenminister, der Innenminister, der Verteidigungsminister viel an Überzeugungsarbeit geleistet, aber eine tragfähige europäische Lösung zum Flüchtlingsproblem gibt es nicht. Und kein Mensch darf daran glauben, dass das Problem vorbei ist. Wir haben eine Atempause, und die Routen finden sich momentan anderswo.

Lassen Sie mich zum Schluss drei kurze Ideen zur Standortpolitik vortragen! Viele notwendige Maßnahmen zur Belebung des Standorts Österreich wurden in den letzten Jahren verschleppt. Auch da ist gemeinsames Handeln längst fällig. Das sollte damit beginnen, dass wir die Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessern. Der Unternehmer ist nicht Feindbild, der Unternehmer ist Vorbild. Wenn dieser keinen Gewinn mehr macht, können wir den Sozialstaat nicht retten. *(Beifall bei der ÖVP sowie der Bundesräte **Todt** und **Zelina**.)*

Daher denke ich mir, dass wir, erstens, den Investitionsstau beseitigen sollten. Die Einführung eines Investitionsfreibetrages und einer Investitionszuwachsprämie würde das Wirtschaftswachstum ankurbeln und Tausende neue Arbeitsplätze schaffen.

Zweitens – das kann niemand mehr hören, aber ich muss es trotzdem sagen –: Bürokratie abbauen. Ich habe mir mit den Mitarbeitern Beispiele angeschaut, es gibt in Österreich über hundert sogenannte Beauftragte. Ein Metallbearbeitungsbetrieb mit 140 Mitarbeitern muss 18 Beauftragte vorweisen. Ich habe nichts gegen einen Arbeitspsychologen oder einen Sicherheitsbeauftragten, aber das geht vom Abfallbeauftragten bis zum Zeitbeauftragten. Wir könnten Hunderte Millionen Euro – das kostet die Wirtschaft nämlich 1 Milliarde € im Jahr – einsparen, wenn wir

20 Prozent im Einvernehmen einfach streichen. Es soll niemand sagen, dass es nicht auch kurzfristig möglich wäre, etwas zu tun.

Und dazu gehört auch, dass wir uns überlegen müssen, wie Bund, Länder und Gemeinden zu einer Vereinbarung kommen können – da braucht es auch Gesetzes- und Verordnungsänderungen –, wie lange in Österreich ein Verfahren dauern darf. Das ist das Hauptproblem vieler Unternehmer, die zu mir kommen und sagen: Bis ich die Genehmigung bekomme, ist das Produkt, das ich zusätzlich erzeugen wollte, gar nicht mehr auf dem Markt – überspitzt formuliert.

Drittens: Die Lohnnebenkosten senken – ein altes Thema. Hier müsste ein Ansatz gelingen. In der Vorwoche hat die Bundesregierung hierzu mit dem Start-up-Paket sowie der Einigung bei der Bankenabgabe einen wichtigen Punkt gesetzt. Das ist auch ein erster wichtiger Schritt.

Klar muss sein – das haben Michael Schickhofer vorgestern am Abend und gestern Josef Pühringer und ich klargestellt –, dass an der verbleibenden Bankensteuer natürlich Länder und Gemeinden, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, beteiligt werden müssen und dass wir ebenso bei der Abschlagszahlung nach dem FAG-Schlüssel vorgehen wollen. Da hoffe ich auf eine gute und faire Verhandlung.

Meine Damen und Herren, ich treffe bei meinen Terminen sehr oft auf junge Menschen. Wenn ich in Schulen gehe, wenn ich mit Jugendlichen in ihren Zirkeln rede, so wollen sie mit mir nicht über Soll und Haben sprechen – darüber sind aber 98 Prozent meiner Gespräche –, sondern sie wollen über Sein und Sinn diskutieren, über Wertehaltungen, über die großen Fragen unserer Zeit: Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Welche Gefahren, Risiken und Probleme gibt es? Aber auch: Welche Chancen können ergriffen werden? – Es mangelt nicht an Fragen, aber es mangelt daran, den Versuch zu unternehmen, Antworten zu geben. Ich denke, dass es Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik ist, Antworten zu bieten, Ziele zu haben, Visionen für und mit den Menschen zu erarbeiten.

Ich will diesen Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz und den Vorsitz im Bundesrat nicht überbewerten – das wird ja manches Mal durch ganz große Übergabe-Zeremonien und Schwerpunktsetzungen, was in Österreich gelöst werden muss, gemacht. Und dann hat sich gar nichts geändert; das ist ohnehin bei jedem Vorsitz zu befürchten, aber es wäre schlecht. Ich will das nicht überbewerten, aber ich will den Vorsitz nutzen, um Perspektiven aufzuzeigen. Aus dieser Verantwortung für unsere Republik heraus entstand auch das Symposium „Österreich 22“, das wir in Graz im

Oktober abhalten werden, wo herausragende Persönlichkeiten im Vorfeld des Nationalfeiertages miteinander diskutieren werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Welt ist ein einziger Krisenherd, und diese Krisen machen vor unserer Haustür nicht halt. Wissen Sie, wenn Sie erleben, was Michael Schickhofer und ich und die Regierung und der Landtag im ersten halben Jahr unserer neuen Zukunftspartnerschaft erlebt haben: drei Tage nach der Angelobung diese Amokfahrt! Wir wussten, dass das jederzeit passieren kann, aber man will es nicht wahrhaben, dass das, was wir täglich im Fernsehen sehen, bei uns vor der Haustür passiert. Abgelöst von einer Flüchtlingstragödie, die meine Generation noch nicht gekannt hatte, der damals nicht vorhandenen Zusammenarbeit der Bundesregierung – das hat sich Gott sei Dank geändert –, der Ohnmacht des Staates, als 3 500 Menschen über die Grenze marschieren.

Ich denke mir, dass das **uns alle** ermuntern soll, nicht zu schüren, sondern gemeinsam in ein paar Grundfragen alles zu tun, dass die Verunsicherung der Bevölkerung nicht weiter steigt. Es braucht daher entschlossene Politik und Politiker, die glaubwürdig agieren und auch Reformen angehen. Denn diese großen Herausforderungen können nur dann gelingen, wenn wir zusammenarbeiten. – Ein steirisches Glückauf!
(Anhaltender Beifall bei ÖVP, SPÖ, Grünen sowie des Bundesrates Zelina.)

9.54

Präsident Mario Lindner: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für seine Ausführungen.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Mag. Gödl. Ich erteile es ihm.